



Protokoll der Steuerungsgruppe Kinderschutz (SG KS) vom 26.02.2016

Ort:	Kreisverwaltung TF, Luckenwalde, Raum A3-1-02
Zeit:	09:00-11:00 Uhr
Anwesende:	Frank, Matzke (R I) ab 9:10 Uhr, Constanze Mücke (R II), Ines Dickhoff (R IV), Claudia Sponholz (PI Luckenwalde) ab 9:05 Uhr, Gudrun Buchmann (Soz. A), Swen Ennullat (AL JA) 9:28 bis 10:40 Uhr, Diana Zabel (Koord. FH), Gerd Herpay (JA, SG 51.3 TV), Raissa Erbis (GA), Katja Wöller (OA), Janina Kolkman (LSA), und Heike Becker-Heinrich (JA, KSK)
Entschuldigt:	Marion Lindner, Ria von Schrötter und Carola Hartfelder (JHA), Gesine Siems (R II), Heike Krautz (R III)
Gast:	Caterina Grüning (JA, Kita-Praxisberaterin)
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch die stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgemeinschaft

Frau Becker-Heinrich teilt mit, dass Herr Matzke etwas später kommen wird und begrüßte die Anwesenden. Mit zunächst 10, später 12 von 14 stimmberechtigten Mitgliedern (Vertretern) ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

Herr Matzke übernahm die Leitung des Arbeitstreffens um 9.10 Uhr.

2. Informationen zu noch offenen Punkten aus dem Protokoll vom 04.12.2015

Herr Matzke fragte Frau Woeller und Frau Kolkman, ob die im letzten Protokoll besprochenen Abstimmungen erfolgt seien. Dem war nicht so, so dass das heutige Arbeitstreffen dazu genutzt wurde. Frau Kolkman erläuterte das Vorgehen im LSA bezüglich der schulpflichtigen Kinder in den Übergangwohnheimen (ÜWH). Im LSA ist Frau Anita Stöhr (Tel.:0335 5210-532) für alle Schulämter in Brandenburg für diese Kinder zuständig. Bei ihr gehen die Transferlisten ein, die sie an die zuständigen Schulräte/Schulrätinnen weiterleitet. Diese geben die Daten an die jeweiligen Schulen, so dass die Schulen auf diesem Wege erfahren, welche Kinder in welchem Alter kommen werden. Zu beachten ist, dass die Transferlisten nicht immer die tatsächlich Ankommenden enthält, mitunter Namen oder Geburtsdaten nicht korrekt sind, oder der Verteilungsort falsch angegeben ist. Von den minderjährigen unbegleiteten Ausländern (umA) gibt es keine Transferlisten. Hier sind die Schulen auf die Meldung der Jugendhilfeeinrichtungen angewiesen. Hier wünscht sich das LSA auch Rückmeldung von der Jugendhilfe.

Einzelne ÜWH sind nicht mit dem Verfahren zur Schulpflicht vertraut, so dass die Kinder/Jugendlichen zwar dort ankommen, aber nicht über die Schulpflicht, Anmeldung.... informiert werden. Somit kommt es teilweise verzögert zum Schulbesuch.

Frau Kolkman teilte mit, dass im April eine neue Willkommensklasse an der Oberschule Dahlewitz eröffnet wird.

Herr Matzke, befragte Frau Zabel zur aktuellen Situation an der Grundschule Stülpe. Diese teilte mit, dass das Ganze „im Fluss“ sei, aber noch einige Stellen zu besetzen sind. Zudem fehlt für die neue erste Klasse sowohl Material als auch Lehrer. Dies soll bis zum Schulbeginn 2016/2017 bereit stehen.

Auf Nachfrage zum mehrsprachigen Material teilte Frau Zabel mit, dass bisher noch wenig dazu gekommen sei. Es gäbe zum Thema rund um Schwangerschaft und Geburt ein Piktogrammbuch, doch bestehen

Zweifel ob der Verständlichkeit der Piktogramme. Im AK Frühe Hilfen wurde darüber beraten, das Familienbegleitbuch möglicherweise in einfacher Sprache, ggf. mit Piktogrammen auch für Flüchtlingsfamilien heraus zu geben. Dazu wird sich eine UAG bilden.

Frau Becker-Heinrich informierte, dass Fröbel ein Willkommenspaket für den Kitabereich zunächst intern in verschiedenen Sprachen entwickelt hat.

Herr Herpay wies auf die BzGA mit einem Link zu einem multilingualen Onlineangebot hin, hier der Link direkt zum Angebot: <http://www.zanzu.de/de>

Frau Grüning ergänzte, dass auch die AWO Flyer für Kitas in mehreren Sprachen erarbeitet.

Herr Matzke wies darauf hin, dass die PDF's auf der Landkreisseite wieder zu öffnen sind.

3. Unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) / unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) aktuelle Informationen der Mitglieder

Herr Ennullat teilte mit, dass laut Zuweisung ca. 116 umA in TF aufzunehmen seien, wovon sich 104 aktuell hier aufhalten. Davon seien 21 Jugendliche begleitet eingereist und in den ÜWH, die anderen 83 seien in Jugendhilfeeinrichtungen. Wegen der dringlichen Aufstockung des Bedarfes wurden in TF drei sogenannte Noteinrichtungen eröffnet (Wünsdorf, Kemnitz und Hennickendorf). Hennickendorf und Kemnitz werden bis 29.2.2016 leergezogen. Dafür ist in Jüterbog eine reguläre Jugendhilfeeinrichtung mit 27 Plätzen geschaffen worden. Aktuell in Prüfung ist ein weiteres Objekt in Luckenwalde. Die Einrichtung in Wünsdorf hat eine Weiterbewilligung erhalten.

Aktuell gibt es keine Zuweisung von umA, erwartet werden weitere Zugänge nur in jeweils einstelligem Bereich.

Herr Herpay gab die aktuellsten Zahlen mit 137 aufzunehmenden umA +Landeszuweisungen (ohne Zahlennennung) an, weist aber zugleich darauf hin, dass kaum Zugänge in den vergangenen Tagen zu verzeichnen waren. Eine Ursache könne darin liegen, dass umA's, die länger als vier Wochen in einer Region erfasst sind, nicht mehr weiter verteilt werden dürfen.

Durch die umA hat sich im Landkreis die Inobhutnahme um das 7-fache erhöht. Das führte dazu, dass zunächst nur die Erstversorgung erfolgen konnte, bei den meisten Jugendlichen steht das Clearingverfahren noch an. Ein geregeltes Verfahren soll von Jugendamt und freien Trägern der Jugendhilfe gemeinsam abgestimmt werden.

Herr Herpay wies auf das Thema migrationssensibler Kinderschutz und erste diesbezügliche Studien hin. Prinzipiell gäbe es bezüglich der Häufigkeit wenige Unterschiede zwischen deutschen Familien und Familien mit Migrationshintergrund. Die Ursachen zeigen jedoch verschiedenen Schwerpunkte, so zeigen sich in deutschen Familien eher Vernachlässigung/Verwahrlosung und sexuelle Gewalt, dagegen in Familien mit Migrationshintergrund eher häusliche Gewalt und Gewalt gegen die Kinder.

Unsicherheit der Fachkräfte bestehe teilweise in der Risikoeinschätzung und in der Entscheidung zu geeigneten Maßnahmen. Fehlende kulturelle Hintergründe und Fremdsprachkenntnisse sind Hürden für Fachkräfte. Dies wirkt sich auf die fachliche Haltung aus.

Im JA hat sich eine AG migrationssensibler Kinderschutz gebildet.

Herr Ennullat ergänzt, dass auch ein gemeinsamer Termin Ämter übergreifend zu diesem Thema geplant ist.

Herr Herpay vermutet hohen Bedarf der Intervention auch in den ÜWH. Er hofft durch die strukturelle Veränderung des Sachgebiets, die Netzwerkarbeit auf- und ausbauen zu können. Er wird die Teamverantwortung für die Fachdienste übernehmen und für den SpD sind zwei weitere Teamverantwortliche geplant, da der Mitarbeiterstab bedingt durch den Aufgabenzuwachs und die ansteigenden Bedarfe erhöht wurde/wird.

Frau Mücke fragt an, wie die Flüchtlinge versichert sind, da z.B. auch der Jugendclub besucht wird und bei der Nutzung z.B. der Sportgeräte eine Verletzung nicht auszuschließen ist.

Die Anwesenden hatten darauf keine einheitliche Antwort, je nach Zuständigkeit /Status ist das Asylbewerberleistungsgesetz, das Jugendhilferecht oder das Sozialamt zuständig.

Herr Herpay teilte mit, dass z.B. in Jüterbog Zahnärzte die Behandlung abgelehnt hatten.

Frau Mücke ergänzte, dass in Rangsdorf ausländische Frauen nicht ohne Dolmetscher gynäkologisch untersucht werden, aus Sorge um „Falschbeschuldigung“.

Frau Erbis wies auf eine weitere Schwierigkeit der ärztlichen Versorgung hin, da beim Impfen das Risiko der Allergie mangels Sprachkenntnisse nicht immer zu klären sei.

Herr Herpay teilte mit, dass im Rahmen der nächsten PSAG Kinder das Thema migrationssensibler Kinderschutz auf der TO steht. In einer Untersuchung wurde herausgefunden, dass u.a. Flüchtlingsfamilien aus Angst vor Asylverweigerung keinen Leistungsanspruch gegenüber der Jugendhilfe geltend machen.

Frau Dickhoff fragt nach, ob es im Vorschulbereich genügend Kitaplätze gibt. Sie sieht den Bedarf der Erweiterung der Kapazitäten.

Frau Erbis weist darauf hin, dass fehlende Sprachkenntnisse kein Grund zur Zurückstellung einer Einschulung sind.

Frau Grüning sagt, dass alle Kinder einen Rechtsanspruch haben, das gilt auch für die Flüchtlingskinder. Allerdings besteht im gesamten Landkreis Platzmangel. Die Ursachen dafür sind unterschiedlich, teilweise fehlen die nötigen Fachkräfte. Eine Vergaberichtlinie empfiehlt, Flüchtlingskinder nach oben zu setzen.

Frau Grüning teilt mit, dass ihr als Kitapaxisberaterin aktuell keine Infos von Eltern aus ÜWH vorliegen, dass diese noch einen Kitaplatz benötigen. Sie stellt fest, dass Kita nicht den Stellenwert wie Schule hat. Nicht jedem ist Kitabetreuung bekannt und nicht von jedem erwünscht.

Die Schaffung neuer Angebote wurde thematisiert. Frau Grüning berichtete, dass eine Eltern-Kind-Gruppe aufgebaut werden soll. Zur Planung neuer Angebote/Projekte besteht ein überregionaler Infoaustausch mit anderen Landkreisen.

Herr Ennullat weist auf Problem der Finanzierbarkeit hin.

Frau Grüning teilt mit, dass sie von Leitungen von Kindertagesstätten bisher positive Rückmeldung zur Integration von Flüchtlingskindern erhalten hat. Allerdings seien bisher auch eher Kinder aus Syrien angemeldet worden, die aus Akademikerfamilien kommen. Andere Nationalitäten kommen bisher noch weniger in die Kitas.

Sie hat mit Herrn Spangenberg (RAA Trebbin) bezüglich eines Fortbildungsangebotes zur Thematik gesprochen. Bisher sind keine konkreten Problemlagen aus den Kitas bekannt.

4. Frühförderung (in Kindertagesstätten)

Frau Dickhoff teilte mit, dass im Landkreis Teltow-Fläming etwa 300 Kinder Frühförderung (FF) erhalten. Insgesamt findet Frühförderung im elterlichen Haushalt und möglichst auch in Kindertagesstätten statt. Für die Frühförderung werde es zunehmend problematischer die Arbeit in den Kindertagesstätten durchzuführen. In einigen Regionen wäre eine Zusammenarbeit nicht gegeben. Eltern haben berichtet, dass vereinzelt Kitas sagen, dass die Eltern sich zwischen Frühförderung und Kitabesuch entscheiden sollen. Es sei bereits zur Einstellung von Frühförderung aus diesem Grund gekommen.

Einige Kitas bieten bestimmte Zeiten an (Anfangs-/Endzeiten), Extraräume sind nicht immer für FF vorhanden. Das erschwert die Tagesplanung für die Mitarbeiter in der FF.

Frühförderung findet je nach Bedarf mit einzelnen Kindern oder einer Kleingruppe statt. Manche Kitas wollen, dass zur Frühförderung das Material benutzt wird, das auch sonst gängig in der Kita vorhanden ist.

FF habe eine klaren eigenen Auftrag und Planung, das ist nicht immer passend zur Arbeit in den Kitas. Die Zusammenarbeit mit den Kitas sei recht verschieden. Mitunter wollen Eltern Kinder nach der FF zu Hause, an diesem Tag nicht mehr in die Kita bringen. Die FF empfehlen jedoch den regelmäßigen Kitabesuch.

Frau Buchmann wies darauf hin, dass dieses Problem seit Jahren bestehe und wiederholte Gesprächsbemühungen wenig Zuspruch durch die Kita gebracht hätten. Es sei auch ein Signal gekommen, dass Kitas nicht kontrolliert werden wollen.

In den vergangenen Jahren habe es eine Zunahme von FF-Anträgen gegeben. Dabei insbesondere im Bereich emotional/soziale Probleme in den Brennpunkten Jüterbog/Altes Lager.

Unzureichende Durchführung der FF führe zur Entwicklung weiterer Probleme am Übergang Kita-Schule-Ausbildung.

Herr Herpay fragt, ob auch Flüchtlingskinder bereits FF erhalten.

Frau Buchmann sagt, dass sich das bisher noch nicht niederschlägt, sie aber von steigendem Bedarf ausgeht.

Frau Dickhoff ergänzt, dass es über Herrn Kohl mit Einzelentscheidungen wenige Flüchtlingskinder gibt, die FF erhalten.

Frau Buchmann verweist auf sogenannte zusätzliche Maßnahmen nach § 6 Asylbewerberleistungsgesetz und je nach Status auf Eingliederungshilfe.

Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

§ 6 Sonstige Leistungen

(1) Sonstige Leistungen können insbesondere gewährt werden, wenn sie im Einzelfall zur Sicherung des Lebensunterhalts oder der Gesundheit unerlässlich, zur Deckung besonderer Bedürfnisse von Kindern geboten oder zur Erfüllung einer verwaltungsrechtlichen Mitwirkungspflicht erforderlich sind. Die Leistungen sind als Sachleistungen, bei Vorliegen besonderer Umstände als Geldleistung zu gewähren.

(2) Personen, die eine Aufenthaltserlaubnis gemäß § 24 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes besitzen und die besondere Bedürfnisse haben, wie beispielsweise unbegleitete Minderjährige oder Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben, wird die erforderliche medizinische oder sonstige Hilfe gewährt.

Frau Grüning sagt, dass in der letzten Zeit nur zwei Problemhinweise bei ihr eingegangen seien.

Das Raumproblem bestehe in mehreren Einrichtungen, weil die Platzberechnung keine zusätzlichen Angebote beinhaltet hatte. Dies sei bei Neubauten inzwischen auch vom Ministerium neu bedacht.

Zum Material bestätigte Frau Grüning, dass es für die Kinder und Erzieher in der Alltagsarbeit hilfreich ist, wenn das FF-Material nicht nur für die kurze Fördereinheit zur Verfügung steht.

Sie zeigt die sehr unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen und die damit verbundenen Unterschiede der Arbeit mit den Kindern auf. (Bsp.: Kita greift die Themen der Kinder auf versus Themenvorgabe in der FF)

Frau Dickhoff sagt, dass bei den „abgeneigten“ Kitas teilweise die Träger, teilweise die pädagogischen Leitungen FF nicht im Hause wünschen. Erzieher seien über das Angebot FF sehr unterschiedlich informiert. Mitunter liegen Antragsformulare in Einrichtungen aus, die aber die FF nicht im Hause haben wollen.

Frau Zabel regt ein Fachgespräch zum Thema an und verweist auf die Leistungsübersicht, die vor Jahren im Arbeitskreis Frühe Hilfen (damals mit überregionaler Arbeitsstelle FF-Fr. Hüttmann) erstellt wurde.

Sie richtet den Blickpunkt auf das Angebot der Frühen Hilfen als niederschwelliges Angebot. Der Antrag für 2016 liegt bereits beim Ministerium.

Der Arbeitskreis Frühe Hilfen (AK FH), der sich seit Ende 2015 wieder trifft, hat mit einer Profilerarbeitung begonnen (Welche Helfer - wann wo wie -) Die Profilverübersicht soll nach Fertigstellung veröffentlicht werden.

Frau Dickhoff ergänzt, dass sich die FF in Luckenwalde direkt in den Kitas vorgestellt hatte, was positiv aufgenommen wurde.

Frau Erbis wies auf den Problemkreislauf Schulrückstellung – Frühförderung hin, denn nicht immer ist FF das geeignete Mittel, wenn Eltern eine Rückstellung ihres Kindes vornehmen. Auch die Möglichkeiten der Kita sind begrenzt, zusätzliche Förderung auch nicht immer nötig.

Fazit zur Schulrückstellung: Elternwunsch wird eher berücksichtigt, als fachliche Empfehlung, u.a. um Klageverfahren zu vermeiden.

Anregung zu FF: UAG FF bilden unter Hinzuziehung der überregionalen Frühförderstelle.

5. Sonstiges

Informationen zu den Fortbildungen des NW-KS

Erfolgreich mit 10 TN wurde das Angebot zum Thema interkulturelle Kompetenzen vom 22.2.-24.2.2016 durchgeführt.

Für das verkürzte 2-tägige Angebot zum gleichen Thema liegen erst drei Anmeldungen vor. Durchführung noch offen, Nachwerbung erfolgt.

Freitag nächster Woche findet das Fortbildungsangebot „Kinderschutz und Datenschutz im Einklang“ statt. Da auch hier noch freie Kapazitäten sind, wurde das Angebot für die KSK wie auch die Datenschutzbeauftragten im Land Brandenburg geöffnet.

Das Angebot am 11.7.2016 zum Thema Frühe Warnzeichen einer KWG ... ist bereits voll belegt, eine Warteliste ist angelegt.

Für alle anderen Angebote gibt es noch Plätze. Die Unterlagen für mögliche Fortbildungsangebote vom SFBB sind dem Protokoll angefügt.

Fortbildungshinweis von Frau Zabel:

Suchtbelastete Eltern und ihre Kinder. Was kann Suchthilfe für Familien tun? 39. fdr+sucht+kongress in Potsdam 11.-12. April 2016 Potsdam

Mo 12-18:30 Uhr und Di 9-15 Uhr (<http://fdr-online.info/pages/infos-fuer-die-suchthilfe/tagungen-seminare-fortbildungen/bundesdrogenkongress/39.fdrsuchtkongress.php>)

Kinder- Jugendnotdienst (KJND)

Die Bauarbeiten ziehen sich hin, am 07. März soll die Feinreinigung erfolgen. Die Möbel sind bereits bestellt. Die Lieferung wird um Ostern erwartet. Zum 01. April wird zunächst mit einer Etage (6 Plätze) geöffnet. Dafür stehen 2,5 Sozialpädagogen und 2 Erzieher zur Verfügung. Weitere 7 Stellen sind trotz mehrfacher Ausschreibung noch nicht besetzt.

Infos aus dem LSA

Aktuell gibt es im Landkreis drei Schulen mit Vorbereitungsgruppen an Oberschulen (Luckenwalde, Jüterbog, Ludwigfelde). Zum 01. April wird in der Oberschule Dahlewitz eine weitere Vorbereitungsgruppe eröffnet.

Anhaltend problematisch kann die Situation für die Oberschule Rangsdorf werden, da keine weiteren Raumkapazitäten bei voller Auslastung bestehen. Bisher sind 4 Kinder in Rangsdorf noch unversorgt. Der Bürgermeister ist aufgefordert, zu prüfen, wo ein Angebot erfolgen kann.

Auch an einigen Grundschulen gibt es Kapazitätsprobleme (Bsp.: Blankenfelde, Rangsdorf, Ludwigfelde ab Sommer).

Die Kinder der Vorbereitungsgruppen gehen auch je nach individuellen Leistungen bereits in einzelnen Fächern in die zugeordneten Klassen.

Einzelne Kinder sind bereits in die Regelklassen integriert.

Laut Eingliederungsverordnung besteht bei Einzelintegration über 4 Jahre der Anspruch von einer Wochenstunde Förderunterricht. Ab 12 Kinder wird eine Vorbereitungsgruppe aufgemacht, die ab 20 Kinder geteilt werden kann.

Seit Februar 2016 gibt es am OSZ das Angebot Berufsfachschulklasse +. Die Anmeldungen laufen bereits für Personen ab 17 Jahre. Bei 16-Jährigen erfolgt Einzelprüfung, welche Schulform besser geeignet ist.

Zum kommenden Schuljahr werden 5 Kinder aus der Vorbereitungsgruppe im Ü7 Verfahren an die Oberschule in Luckenwalde gehen.

In der Sekundarstufe 1 gibt es die Möglichkeit des Besuchs einer Vorbereitungsgruppe für maximal 1 Jahr.

An der Erstaufnahmeeinrichtung in Wünsdorf werden täglich in jeder der vier Vorbereitungsgruppen 4 Stunden Deutsch (DaZ) von künftig vier Lehrkräften angeboten. Diese sind mit der Oberschule Wünsdorf gekoppelt.

Ordnungsamt

Frau Woeller teilt mit, dass die Meldebehörden gemäß § 11 MeldDÜV die schulpflichtigen Kinder/Jugendlichen auch aus den ÜWH jeweils ihren kommunalen Schulträgern mitteilen. Allerdings würden derzeit vereinzelt Rückmeldungen zu älteren Schulpflichtigen auch an unser Schulverwaltungsamt statt an das LSA in Brandenburg gehen. Hier erfolgt zeitnah eine Klärung.

Oma-Verleih

Frau Becker-Heinrich informiert, dass sie über Mitarbeiter aus dem Sozialpädagogischen Dienst auf den Straßenaushang zum Oma-Verleih aufmerksam wurde. Der angegebene Link funktionierte nicht, doch telefonisch war die Initiatorin erreichbar. Sie ist unter anderem Patin im Netzwerk Gesunde Kinder (NGK) und aus eigenem Antrieb kurzfristig tätig geworden. Frau Becker-Heinrich wies sie darauf hin, sich mit dem Thema an die Koordinatorinnen des NGK zu wenden, um ggf. Planung, Umsetzung und „Beachtenswertes“ zu beraten. Die Fragebögen werden auch den Mitgliedern der Steuerungsgruppe bekannt gegeben.

Schwerpunktthema für den 27.05.2016

Migrationssensibler Kinderschutz (Input Gerd Herpay)

Schwerpunktthema für den 30.09.2016

Frühe Hilfen

Bitte beachten: die nächste Sitzung der SG KS findet am Freitag, d. 27.05.2016 von 09:00-11:00 Uhr in Raum A3-1-02 (Raum Jüterbog) statt.